



Chambre régionale des comptes
d'Île-de-France

7. September 2010

Die lokalen Budgets in der Krise – Untersuchung der regionalen Rechnungskammern und des Rechnungshofs

Die aktuelle Wirtschaftskrise hat das Umfeld der lokalen Gebietskörperschaften erheblich verändert. Die Wirtschaftskrise setzte im Frühjahr 2008 ein und dauerte bis zum Ende des ersten Halbjahrs 2009 an, was einen Konjunkturrückgang (-2,6 % gemessen an der Entwicklung des BIP) und einen starken Investitionsrückgang (-7,1 % nach +0,5 % im Jahr 2008) zur Folge hatte. Vor diesem Hintergrund stieg das Defizit der öffentlichen Zentralverwaltungen enorm an und erreichte 2009 einen Wert von -114,8 Mrd. € gegenüber -55,4 Mrd. € im Jahr 2008, insbesondere aufgrund eines Einnahmerückgangs um 11,7 %.

I. Derzeit führen die regionalen Rechnungskammern eine nationale Untersuchung zur Reaktion der französischen Gebietskörperschaften auf die Krise durch.

- ✓ Ziel der Untersuchung ist es, innerhalb eines relativ kurzen Zeitraums nach Auftreten der ersten Krisenanzeichen zu analysieren, wie die lokalen Gebietskörperschaften in finanzieller und somit mikroökonomischer Hinsicht auf eine heikle Konjunkturlage, die die Modifikation bisheriger Strategien erfordern könnte, reagieren.
- ✓ An der Untersuchung sind 18 regionale Rechnungskammern und die vierte Kammer des Rechnungshofs beteiligt.
- ✓ Derzeit umfasst die Untersuchung 81 folgendermaßen untergliederte Körperschaften: vier Regionen, 26 Départements, 12 EPCI (öffentliche Institutionen der interkommunalen Zusammenarbeit), 36 Kommunen und ein CCAS (kommunales Zentrum für Sozialarbeit).
- ✓ Die Untersuchung wurde zu Beginn des zweiten Halbjahrs 2009 eingeleitet; die definitive Vorgehensweise wurde Ende 2009 festgelegt. Das erste Halbjahr 2010 war der Untersuchung und Datenerfassung gewidmet. Die Synthese der Analyseergebnisse aus den Kammern soll dann im Laufe des zweiten Halbjahrs 2010 erfolgen. Diese Arbeit könnte – je nach Art der erhaltenen

Ergebnisse – entweder im öffentlichen Jahresbericht des Rechnungshofs für 2011 oder in einem separaten öffentlichen Bericht publiziert werden.

II. Folgende Instrumente werden bei der Untersuchung verwendet:

- ✓ Ein Pflichtenheft, das die geeignete Methode entlang folgender Achsen global definiert:
 - Analyse der wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise auf die Körperschaften anhand einer bestimmten Anzahl von Prüfungen zur Verwaltungseffizienz gemäß den Prüfprogrammen der regionalen Rechnungskammern für 2010.
 - Beobachtung eventueller Veränderungen in der Haushaltspolitik der Körperschaften, insbesondere hinsichtlich des 2010 eingeschlagenen Kurses.
 - Beschreibung und Analyse der von den Körperschaften eingeführten Strategien angesichts des wirtschaftlichen Kontextes der Krise: Belebungs-, kontrazyklische, Anpassungs- oder Einsparungsstrategien.
 - Analyse der Auswirkungen der Konjunkturprogramme. Dies gilt für das nationale Konjunkturprogramm mit der vorgezogenen Ausschüttung des Ausgleichsfonds für die MwSt (Fonds de compensation de la taxe sur la valeur ajoutée – FCTVA) und für die körperschaftseigenen lokalen Programme.
- ✓ Eine breitgefächerte und repräsentative Auswahl an unterschiedlichen Körperschaftskategorien.
- ✓ Entsprechende Koordinierungs- und Leitungsstrukturen für die Untersuchung: eine institutionsübergreifende Gruppe, ein Steuerungs- und ein Redaktionskomitee.

III. Erste Feststellungen

- ✓ Global betrachtet haben die lokalen öffentlichen Verwaltungen 2009 vermutlich einen Defizitrückgang verzeichnet, der sich auf -5,6 Mrd. € (0,3 % des BIP) beläuft, gegenüber -8,7 Mrd. € im Jahr 2008.
- ✓ Die lokalen Investitionen gingen leicht zurück (-2,6 % im Jahr 2009 nach +0,8 % im Jahr 2008), wobei sich die Strategien mancherorts als sehr zurückhaltend erweisen.
- ✓ Die Krise beeinflusst die Finanzlage der Körperschaften ungleichmäßig:
 - Die Départements leiden häufig erheblich unter dem geringeren Wachstum der zur Verfügung stehenden Mittel und steigenden Sozialleistungen, die nicht vollständig kompensiert werden können. Neue Steuern und Gebühren: Die Steuer auf entgeltliche Eigentumsübertragungen (DMTO – droits de mutation à titre onéreux), die Mineralölsteuer (TIPP – taxe intérieure sur les produits pétroliers) und die Sondersteuer auf Versicherungsverträge (TSCA – taxe spéciale sur les contrats d’assurance) haben das fragile Gleichgewicht nach und

nach gestört. Im aktuellen Kontext sehen sich die Départements Schwierigkeiten ausgesetzt, die auf das verlangsamte Wachstum der zur Verfügung stehenden Mittel aus der indirekten Besteuerung, insbesondere der DMTO, zurückzuführen sind. Parallel dazu steigen mit der Einführung des Sozialhilfeprogramms RSA (revenu de solidarité active) die ausgeschütteten Beihilfen teilweise erheblich an, während gleichzeitig die Kosten für die Finanzierung der Seniorenbeihilfe APA (allocation personnalisée d'autonomie) in die Höhe gehen.

- Auch wenn die derzeitige Krise die Gebietskörperschaften nicht völlig aus dem Gleichgewicht gebracht hat, so hat sie doch zur Beschleunigung struktureller Tendenzen geführt, deren letzte Konsequenz eine Revision des in den letzten Jahren eingeschlagenen Kurses wäre. Sehr häufig erweisen sich frühere Tendenzen als vorherrschend.

- ✓ Bislang haben die Körperschaften von einer Steuerstruktur mit geringer Volatilität profitiert: Die kontinuierliche Progression des direkten Steueraufkommens und dessen erheblicher Anteil an den Einnahmen der Körperschaften hat trotz der schwierigen Wirtschafts- und Finanzlage eine gewisse Stabilität bei der Budgetierung ermöglicht. Dieser Umstand hat es den Körperschaften ermöglicht, in der Krise als wirtschaftlicher Stabilisator zu fungieren. Dennoch befürchten die Körperschaften aufgrund der Reformen der lokalen Besteuerung und der Abschaffung der Gewerbesteuer einen Verlust ihrer Steuerautonomie.

- ✓ Die Antworten auf die Krise stellen den alten Kurs nicht grundsätzlich in Frage, haben aber teilweise spürbare Folgen:
- ✓ - Sehr unterschiedliche strategische Reaktionen: ungleichmäßig durchgeführte Konjunkturmaßnahmen, gebietspezifische Programme, deren Umsetzung allerdings noch ungewiss ist.
 - Allgemein haben die Körperschaften versucht, die Verwaltungsausgaben strenger zu kontrollieren, was sich in einer erheblich sparsameren Haushaltsführung äußert.
 - Einige sahen ihre Investitionspolitik stark eingeschränkt oder haben ihre Maßnahmen umstrukturiert.
 - Insgesamt bleibt der Rückgriff auf Steuerinstrumente eher moderat;

- ✓ Die Umsetzungsquote des nationalen Programms zur Konjunkturbelebung mithilfe des Ausgleichsfonds FCTVA ist, von einigen unbestreitbaren Mitnahmeeffekten abgesehen, allgemein zufriedenstellend; allerdings beschränkt sich die unterstützende Wirkung meist auf Neuinvestitionen.

- ✓ Hinsichtlich der Hauptaufgaben der unterschiedlichen Körperschaftskategorien ist mit einer Zentrierung und höchstwahrscheinlich mit einer Änderung der Subventionspolitik für die Regionen und Départements zu rechnen, was für die nachgeordneten Gebietskörperschaften (Kommunen und EPCI) entscheidende Auswirkungen haben könnte.